



# Frankreichs Rüstungswahnsinn.

Der französische Kriegsminister Maginot hat bei der Beratung über die Verlethaltung der 18monatigen Dienstzeit im Senat eine Rede gehalten, in der er für Frankreich eine Friedensarmee von 600 000 Mann fordert, die angeblich Deutschland drohe, zu rechtfertigen sucht.

Der Minister erklärte, nur die Yarnat von Frankreichs Streitkräften werde seine Nachbarn daran hindern, den Frieden zu stören. Frankreich wolle sich seine unabhängige Existenz sichern, wie es auch andererseits eine Frage auf Leben und Tod für das Deutschland sein würde, was es ihm schütze. Um diese Forderungen zu erzielen, müsse man gewisse Zwangsoperationen unter solchen Bedingungen ausführen, daß Deutschland außer Stande sei, sich im Frieden wieder stark zu machen. Frankreichs Heere müsse fortan für die Macht an Rhein sowie für die Bedürfnisse im Ausland und in den Kolonien, sowie endlich für die Zwangsoperationen, die zur Sicherung der Ausführung des Friedensvertrages erforderlich seien. Die Regierung müsse die Armeehäfen haben, die sie für ihre Politik der Sicherheit und der Wiedereingliederung brauche. Am Kriegsfalle, so habe Maginot erklärt, müssen im Innlande keine Truppen sofort zu Abschießungen, um die Feindflügeketten in das Land des Gegners zu tragen. Der Sieg von 1918 gebe Frankreich eine Ueberlegenheit über Deutschland, und es wäre unverzeihlich, wenn es auf diese verzichten wolle. Nach dieser energischen Einleitung gab Maginot die vom Obersten Kriegsrat gebildete Besatzungsarmee auf 32 Divisionen an, um 18 Monate notwendig.

Zur Begründung dieser ungeheuren Rüstungen ließ der Kriegsminister die „deutsche Gefahr“ als bedrohendes Gespenst wieder an der Wand erziehen. Er erwiderte den leidenschaftlichen Senatoren, Deutschland habe die Kriegsmittel, die Frankreich nicht ausführen könne. Es habe vor allem nicht „moralisch“ abgerüstet. Es wolle nicht zahlen und denke an Wehrbau. Auf Wunsch der Kontrollkommission seien in Deutschland noch viele Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial verborgen. Es sei keine Gewähr dafür vorhanden, daß Deutschland alles sein Wehrstoffmaterial angelegentlich für die Kriegsmittel nicht ausführen könne. Deutschland lasse überdies im Ausland Kriegsmaterial herstellen. Krupp fabriziere z. B. in Südrussland Kriegsmaterial. Die rechtsrheinischen Eisenbahnen seien glänzend für die Konzentrierung von Truppen geeignet. Die 100 000 Mann der Wehrwehr hätten 21 Divisionen dar. Dazu komme noch die Schupo, die eine richtige Armee sei. Welcher Geist die 150 000 Mann der Schupo befehle, das man jetzt im Ruhrgebiet sehen.

Der Minister zählte dann die Selbstschutzorganisationen auf und berichtete, der alte große Generalstab habe sich unter dem Namen „Seeresleitung“ neu gebildet. Die Militärmacht Deutschlands bilde eine ernie Gefahr für Frankreich, das jederzeit in der Lage sein müsse, der Gefahr zu begegnen, oder abzuwehren. Ein härteres Meer entgegenzustellen. Deshalb beantrage die Regierung eine Armee von 660 000 Mann, darunter 189 000 Eingeborene. Zum Schluß seiner Rede erklärte Maginot, daß die französische Heeresstärke von 872 000 auf 660 000 Mann verringert worden sei. Im Zusammenhang damit stellte er die Frage, wo der Rest der Heeresstärke nicht aufzufinden sei. Diese Frage veringerte er durch einen solchen Beweis seiner „friedlichen“ Absichten (!) gegeben habe.

Diese Rüstungsrede Maginots stellt wieder einmal ein Meisterstück französischer Verdrehtungs Kunst dar. Wenn man seinen Worten glauben möchte, so bräudt das friedliche Frankreich eine große Armee nicht etwa, um Raubzüge nach Deutschland zu unternehmen, nicht um die deutsche Bevölkerung durch atomare Unterdrückung womöglichst einem Krieg auszusetzen, sondern um sich vor einem „kriegsrischen“ Deutschland zu schützen. In Frankreich gibt es noch Dumme geben, die auf solches Geschwätz hereinfallen, in der Welt jedoch dürften die patriotischen Verfechter Maginots keinen Glauben mehr finden. Das Ruhrabenteuer Boncompais hat nicht nur die Neutralen, sondern auch die Alliierten über die „Vernunftlosigkeit“ der Pariser Regierung endlich aufgeklärt.

## Die Erdrosselung der Presse.

100 deutsche Zeitungen verboten. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat der Rheinlandkommission im Auftrage der Wehrregierung eine Note übergeben, in der gegen die immer weitergehende Unterdrückung der Pressefreiheit im Rheinland härtester Protest erhoben wird. Die Note betont, daß die Zahl der seit dem 11. Januar verhängten Zeitungsverbote bereits das erste Hundert überschritten habe und daß in einer Anzahl von Orten alle Zeitungen gleichzeitig unterdrückt worden seien. Anfolge der gestaffelten Zeitungsverbote seien eine Zeitung die Einwohner weiter Bezirke am Mittelrhein und an der Mosel nahezu vollkommen ohne Nachrichten gewesen, die Behörden hätten keine Möglichkeit gehabt, amtliche Bekanntmachungen zu veröffentlichen und die Wehrmittelversorgung auf der Grundlage des Kartenpostens sei außer Acht gelassen, da keine unmöglich gemacht worden. Die Zeitungen seien verboten, die Meinungen der Bevölkerung der Besetzung zu veröffentlichen, zu deren Wiedergabe sie nicht verpflichtet waren; weigerten sie sich, so wurden neue Verbote verhängt. Andererseits sei den Zeitungen vorenthalten worden, die Auffassung der deutschen Regierung und ihre eigene Ansicht zum Ausdruck zu bringen.

Eine derartige völlige Unterbindung der Pressefreiheit von der Presse und des Weges der freien Meinungsäußerung sei weder mit den Bestimmungen des Wehrabkommens noch mit den wiederholten Zusicherungen der Oberkommissare im Einklang zu bringen. Vor allem aber werde in die gesamte rheinische Bevölkerung schwere Verunsicherung getragen. In der gemeinsamen Abklärung von den Auffassungen und der Gebanwelt des eigenen Vaterlandes erhalte der Bürger in den Besetzung die Schmäkung eines wesentlichen bürgerlichen Rechtes, auf das er als Bürger gebührender Anspruch habe, und das besonders unter den Garantien des Wehrabkommens unbedingt zu erhalten sei.

# Französische „Justiz“.

Gefängnis für nichtgerene Bürgermeister. Die französisch-besetzten Militärgerichte haben sich vollkommen in den Dienst der französischen Rachepolitik gestellt. Ohne jeden Schein des Rechts werden deutsche Bürger von den Kriegsergebnissen abgerechnet, wobei vielfach auf jede Beweisführung verzichtet wird. Aus der großen Menge der Verurteilungen seien einige besonders traurige Fälle hervorgehoben.

Das französische Kriegsgericht in Mainz, das durch die Beurteilung der Ruhrindustrialen einen traurigen Ruf erlangt hat, zeigte sich durch überaus grausame Urteilsprüche aus. So wurde der Oberbürgermeister Strobel von Birmans zu 4 Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldbuße verurteilt. Strobel war vor einiger Zeit von den Franzosen verhaftet und kurz darauf nach Mainz abgeführt worden, weil er sich geweigert hatte, Plakate der französischen Besatzungsbehörde anzuheften zu lassen, und ferner, weil er nicht verhindert habe, daß die daraufhin von den Franzosen selbst angelegten Plakate von der erregten Bevölkerung abgerissen wurden. Strobel wurde nach Mitteilungen von Leuten, die mit ihm im Gefängnis waren, auf das schändlichste wie ein Verbrecher behandelt. Der zweite Bürgermeister von Birmans, der sich weigerte, das „Begehren“ und wegen der Weigerung eines befehligen Protokolls der Stadtvorstandversammlung“ zu verantworten hatte, wurde zu fünf Jahren Gefängnis und 15 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Massenverurteilungen im Emslandgebiet. Im Ruhrgebiet erwidern die französischen Gerichte mit der Verurteilung des Ruhrpolizeiorgans Essen verhandelte in zweitägiger Sitzung in einer ganzen Anzahl von Fällen gegen Bürger, Beamte, Arbeiter und Geschäftsleute aus der Stadt Essen und Umgebung, die beschuldigt waren, gegen die Verordnungen des kommandierenden Generals verstoßen zu haben. In der Hauptsache wurde den Angeklagten zur Last gelegt, den Besatzungsstreifen die Veranschaulichung der getrockneten Waren verweigert zu haben. Mehrere Schupo-Beamte fanden unter Anklage der Grundverweigerung. Mehrere Angeklagte sollen Plakate abgerissen haben, zwei sollen französische Offiziere angegriffen und ein anderer Patronen in seinen Besitz gehabt haben. Am einzigen Urtheil wegen Grundverweigerung acht Tage Gefängnis und 100 000 Mark Geldbuße. Ferner ist Polizeidirektor Dieckmann aus Duisburg verurteilt wegen Umgehung der Zensur und Verweigerung des Verkaufs von Polizeiverordnungen an Besatzungstruppen zu 2 Monaten Gefängnis und 40 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Der Oberbürgermeister von Bielefeld wurde ebenfalls verurteilt, weil er sich geweigert hatte, Adressen von Beamten in Bielefeld zu übermitteln. Zimmermann war schon einmal sieben Tage in Haft, wurde aber wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem ein Kaufmann eine Kontribution von 1/2 Million Mark gezahlt hatte.



## Der Eisenbahnraub.

Beginn der „Bahnregie“. Die Franzosen haben bereits mit der Durchführung der Verordnung der Rheinlandkommission über die Übernahme der Eisenbahnen in eigene Regie begonnen. Am Sonntag den 17. März wurde in Düsseldorf unter Entfaltung großer militärischer Machtmittel mit zahlreichen Tanks usw. besetzt worden. Die Eisenbahnen wurden von ihren Posten vertrieben. Nachdem Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen und ein Teil der Mülheimer Bahnhöfe bereits stillgelegt, sind nun die wichtigsten Knotenpunkte jenseits von Gelsenkirchen und Bochum für den deutschen Verkehr abgesperrt.

Der im Augenblick der Besetzung neu auf dem Essener Hauptbahnhof einlaufende D-Zug Köln-Berlin D 1 wurde beslagunahmt und ausgeräumt, vor allem der Speisewagen. Der Bahnhof ist unterbrochen. Die Franzosen haben die im Bahnhof erbeuteten Personen- und D-Züge und Lokomotiven, darunter die D-Züge 1 und 97, in Richtung Kettwig abgeschoben.

Der Hauptbahnhof Bochum ist noch besetzt. Der Verkehr im Ruhrgebiet wird durch diese Maßnahmen mehr und mehr behindert.

Stilllegung der Pflanzbahnen. Auch in der Pflanz hat am 3. März die Stilllegung des Eisenbahnverkehrs damit die Stilllegung des Eisenbahnbetriebes der pflanzlichen Eisenbahnen begonnen. Die Franzosen haben erklärt, daß diejenigen pflanzlichen Eisenbahnen, die weiter fahren, als unter französischem Befehl stehend betrachtet werden. Der Zugverkehr ist zum größten Teil eingestellt. Die Bahnhöfe auf den pflanzlichen Hauptstrecken sind von dem

französischen Militär besetzt worden. Die große Drehscheibe im Ludwigsbafener Hauptbahnhof ist durch das Einbringen einer Lokomotive unbrauchbar geworden.

## Das neue Schulkompromiß.

Gemeinsamer Antrag der Mittelparteien. Nach langer Pause hat der Bildungsausschuß des Reichstags nunmehr die Verhandlungen über den Wehrschulgesetzentwurf wieder aufgenommen, nachdem zwischen den Parteien der Mitte — Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei — eine Verständigung über den grundlegenden Paragraphen erzielt worden ist. Nach dem gemeinsamen Antrag dieser Parteien soll der Paragraph folgende Fassung erhalten: „Die Gemeinschaftsschule erweist den Unterricht auf christlicher Grundlage ohne Mäßigkeit auf die Besonderheiten der einzelnen Bekenntnisse für alle Kinder gemeinsam; der Religionsunterricht wird nach Bekenntnissen getrennt erteilt. Bei Besetzung der Lehrstellen an der Gemeinschaftsschule soll auf das religiöse Bekenntnis der die Schule besuchenden Kinder nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. In einer Gemeinde nur eine Gemeinschaftsschule, aber mehrere Konfessions- (Religions-)gemeinden vorhanden, so sind die Lehrer auf der Konfession zu entnehmen, zu welcher sich die Gesamtheit oder Mehrheit der Einwohner bekennt. Sind mehrere Schulstellen und verschiedene Konfessionen (Religionen) in einer Gemeinde vorhanden, so sollen die Lehrer aus jeder solchen Konfession (Religion) entnommen werden, zu welcher sich die bei den Schulen beteiligten Konfessionen (Religionen) in der Gemeinde bekennen. Bei einer größeren Zahl von Lehrern in einer Gemeinde sollen auch konfessionelle (religiöse) Minderheiten mit weniger als vierzig Schülern einen Lehrer ihrer Konfession (Religion) erhalten. Die Gemeinschaftsschule soll ihren Charakter nicht durch die Lehrer an ihr tätige sind, die einem christlichen Bekenntnis nicht angehören.“

Die Sozialdemokraten haben einen eigenen Antrag eingebracht, der die religiöse Schule in den Vordergrund schiebt und u. a. einen bekenntnisfreien Religions- oder Moralunterricht als ordentliches Lehrfach an den Gemeinschaftsschulen fordert.

## Preussischer Landtag.

Berlin, 3. März 1923.

In der Sonnabendbildung des Landtags wurde die Beratung des Handels- und Gewerbeausbaus fortgesetzt. Die Landtag (Rechtskommission) fordert die rechte Wirtschaft. Das Handwerk muß wieder in die Höhe kommen, das Industrieumfeld soll zur Geltung kommen. Der Mittelstand darf nicht zum Opfer werden. Die Landtag (Rechtskommission) sind zurzeit für den gewerblichen Mittelstand keine Ziele.

Ug. Metzger (Ztr.) begrüßt die Aktion der Reichsbank zur Stabilisierung der Mark. Er hat den Bürger selbst nicht seine Schuld, wenn die Preisentwertung der Produkte nicht in ausreichendem Maße erfolgt. Das Gewerbe ist mit Steuern zu sehr belastet. Er verlangt ein Protekt, damit die heimischen Produkte den ausländischen Konkurrenz nicht unterliegen.

Ug. Metzger (Ztr.) (Dn.) Der Bevölkerung im Ruhrgebiet gebührt der größte Dank. Die Menschen sind gegen das schwere Verbrechen der Regierung gegen die rechtshaltigen Bürger. Der Grund der Schuldigen, die Menschen, ist die Ordnung im Innern zum Schluß gegen die Gewalttätigkeiten und Vandalen.

Ug. Engelhardt (D. W.) mündet sich den Fragen des Reichstags zu, der in einem Wirtschaftskreis die Schlichter abwickelt, und befragt die Sachverständigen des Reichs-eisenbahnministeriums, die schon vor Beginn der Ruhrbesetzung zur außerordentlichen Sitzung von Weimar abgefahren sind.

Landesminister Ebering erklärt: Wegen Mordes sei in 176 Fällen freigesprochen erfolgt. Gefährten wurden in 8033 Fällen verhängt, darunter in 82 Fällen über 50 000 M. Freiheitsstrafen wurden verhängt in 1688 Fällen in 20 Fällen Todstrafe. Einmal ist von 8000 M. im Reichsbank bis auf 3500 M. das Fund gefallen.

Damit ist die allgemeine Vernehmung beendet. Das bedeutendste Verbrechen von 193 Eingabenerträgen verlag bis das Haus auf den 14. März.

## Politische Rundschau.

Berlin, 4. März 1923.

Die französisch-besetzten Angereiertenkommission will ihren Sitz von Eilen nach Düsseldorf verlegen.

Die Vorlage über die Wählung der Wehrkommission ist im Ausschuss des bayerischen Landtages mit allen gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen worden.

Der frühere preussische Landwirtschaftsminister von Götters-Böthe ist in Berlin einem Schlaganfall erlegen. Er war von August 1917 bis November 1918 preussischer Staatsminister.

Der 13. Ausschuss hat seine Beratungen über die Änderungen des Wohnungsaufgaben-Gesetzes beendet und die Abgabe auf 1500 v. H. des Gebäudewertungsumsatzes festgesetzt.

Deputate Depart wie Reichsbahnminister. Die Reichsbahn stand bei mehreren Tagen wegen des Ausbruchs der 13 Milliarden auf dem Bahnhof Döngley durch die Franzosen mit General Deputate in Verhandlung.

Der französische General hat jetzt der Reichsbahn seine Entschuldigungen mitgeteilt. Er hat den Raus der Milliarden und hält die Wehrkommission aufrecht mit der Begründung, daß die Wehrkommissionenverwaltung seit der Ruhrbesetzung ihren Verpflichtungen nach dem Rheinlandabkommen nicht nachgekommen ist.

## Rundschau im Ausland.

Der deutsche Vorkriegs-D. Etkamer und seine Gattin waren am Donnerstag zum zweiten Mal bei englischen Königspaare eingeladen.

Frankreich: Verhütung der Ruhrarmee?

Die Pariser Presse kündigt an, daß wenn sich der deutsche Widerstand verlängere, im Ruhrgebiet eine Wehrarmee von 100 000 Mann aufgestellt werden würde. Es werde dann — so lautet das „Journal des Debats“ — unter Umständen notwendig sein, die Wehrarmee, die demnach entlassen werden solle, unter Waffen zu halten. Die öffentliche Meinung werde diese Maßnahme nicht ablehnen. Wenn das Land in einen so wichtigen



